

BOLIVIEN

Gewerkschaftsmonitor

Oktober 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Im Jahr 2025 feiert der bolivianische Staat sein zweihundert-jähriges Bestehen, was mit einem politischen Paradigmenwechsel sowie Spannungen aufgrund einer massiven wirtschaftlichen und sozialen Krise zusammenfällt. Mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im August und im Oktober (Stichwahl Präsidentschaft) endete die fast zwei Dekaden währende Vorherrschaft der sozialistischen Bewegung *Movimiento al Socialismo* (MAS), die in ihrer Anfangszeit unter Präsident Evo Morales Ungleichheit und Armut der indigenen Bevölkerungsmehrheit erheblich reduzieren konnte. In den vergangenen Jahren führten politische Krisen, interne Rivalitäten und eine mehrfache interne Spaltung der MAS aber zu einer Paralyse der Regierungsführung, schwerer politischer und gesellschaftlicher Polarisierung und Tatenlosigkeit angesichts einer sich stetig verschärfenden Wirtschaftskrise. Verursacht wurde die Krise vor allem durch den Rückgang der Erdgasreserven und damit der Exporte, Boliviens größter Einnahmequelle. Zur Folge hatte das eine akute Verknappung von Dollar für den Import von Treibstoffen und anderen Gütern. Bolivien hat es in seinen von den Erdgasexporten finanzierten Boom-Jahren versäumt, eigene Industrien aufzubauen und die Wirtschaft zu diversifizieren.

Bei den allgemeinen Wahlen im Jahr 2025 erhielt die sozialistische MAS für diese Gesamtlage von einer enttäuschten und wütenden Wählerschaft die Quittung und stürzte ab von rund zwei Dritteln aller Abgeordneten auf zwei. Das beförderte das Aufkommen neuer Machtzentren aus der Opposition. In der ersten Wahlrunde waren die rechts-konservative Partei Alianza Libre mit dem Präsidentschaftskandidaten Jorge Tuto Quiroga und die von Präsidentschaftskandidat Rodrigo Paz geführte zentristische Partido Demócrata Cristiano besonders erfolgreich. Die PDC verfügt nun über die größte Fraktion im Parlament, obwohl sie mit rund 32 % Minderheitenkraft geblieben ist. In der Stichwahl um die Präsidentschaft gewann am 19. Oktober das Mitte-Duo Paz-La-

ra der PDC gegen den rechten Kandidaten Quiroga. Dem Kandidatenpaar gelang es, einen Großteil der Stimmen, die zuvor die sozialistische MAS von Evo Morales unterstützt hatten, zu bündeln.

Die neue Minderheitsregierung steht nun vor der Herausforderung, in einem Kontext starker Polarisierung und des Misstrauens der Bürger Konsensfähigkeit und Koalitionen für dringend benötigte, schlagkräftige Reformen herzustellen. Die Regierungsfähigkeit wird von der Fähigkeit abhängen, einen breiten politischen Dialog zu etablieren, der die Legitimität der Institutionen wiederherstellt und die repräsentative Demokratie stärkt. Einen solchen Dialog müssen die Regierenden auch mit den starken sozialen Sektoren führen, beispielsweise den Gewerkschaften sowie den sozialen und ethnischen Gremien des Landes – vor allem angesichts der Tatsache, dass die zu erwartenden Austeritätsmaßnahmen in einem der ärmsten Länder Lateinamerikas schwere soziale Kosten haben werden, die zu Konflikten führen können.

Die größte Herausforderung ist die Bewältigung der Wirtschaftskrise, die viele Fortschritte bei der Verringerung von Armut und Ungleichheit wieder rückgängig macht. Das Wirtschaftsmodell ist fast ausschließlich extraktiv, was schwere Schäden an Umwelt und Klima anrichtet. Private und ausländische Investitionen blieben aufgrund der politischen und regulatorischen Unsicherheit auf einem niedrigen Niveau. Grundsätzlich muss die neue Regierung einen neuen Wirtschaftspakt entwickeln, der makroökonomische Stabilität, produktive Anreize und Umverteilungsgerechtigkeit miteinander verbindet sowie im Ausland um Kredite und Investitionen werben. Die Aussichten für Letzteres sind mit der neuen Regierung besser, weil sie Akteure seit jeher offen waren für Kontakte in den Westen, was mit der MAS nur eingeschränkt der Fall war.

In den letzten Jahren wurden vom bolivianischen Parlament mehrere Gesetze erlassen, die größere Auswirkungen auf die Rechte von Arbeitnehmer_innen und die Arbeitspolitik des Landes haben. Mit dem Gesetz Nr. 1468 sollen das Recht auf Arbeit, die Sicherheit des Arbeitsplatzes im Falle einer

ungerechtfertigten Entlassung, die Rechte von Arbeitnehmer_innen im Falle der Nichtzahlung von Lohn oder Gehalt sowie die Gewerkschaftsprivilegien geschützt werden. Zudem ermächtigt das Gesetz das Arbeitsministerium, Beschlüsse zur Wiedereinstellung, zur Erzwingung von Lohn- oder Gehaltszahlungen oder zur Einhaltung der Gewerkschaftsprivilegien zu erlassen.

Darüber hinaus hat Bolivien mit dem Gesetz Nr. 1436 das Protokoll zum ILO-Übereinkommen über Zwangsarbeit (P029) ratifiziert, dass Maßnahmen zur Verhinderung und Beseitigung von Zwangsarbeit, zum Schutz der Opfer sowie zur Bestrafung der Täter festlegt. Die Gesetzesnovelle schließt Lücken in der Anwendung eines früheren Übereinkommens und verpflichtet dazu, wirksame Maßnahmen zur Verhinderung und Beseitigung von Zwangsarbeit zu ergreifen sowie den Opfern Schutz und Wiedergutmachung zu gewähren. Ein Verbot von Sklaverei und Menschenhandel ist ebenfalls in der bolivianischen Verfassung enthalten.

Schließlich wurde das Gesetz Nr. 1455 erlassen, das Händler_innen in der informellen Wirtschaft das Recht auf Entfaltung ihrer Tätigkeit im Rahmen der geltenden Rechtsordnung sowie auf Nutzung des öffentlichen Raums garantiert. Darüber hinaus sieht das Gesetz den Zugang zu Krediten, Sozialwohnungen, Gesundheit und sozialer Sicherheit für die informellen Händler_innen vor. Bislang wurde dieses Gesetz jedoch nicht umgesetzt.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Bolivien schlitterte 2024 und 2025 tief in eine wirtschaftliche Krise, die sich schon seit Jahren angekündigt hatte und deren Bewältigung Jahre dauern wird. Nach einem Boom aufgrund hoher Rohstoffpreise und großer Mengen exportierten Erdgases weist Bolivien seit einigen Jahren, bedingt durch die zurückgehenden Erdgasexporte und mangelnden wirtschaftlichen Alternativen, ein großes Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit auf. Diese Defizite wurden lange durch Devisenreserven gedeckt, die seit Anfang 2023 jedoch aufgebraucht sind.

Die Bevölkerung ist nun mit rapide steigenden Lebenshaltungskosten, sinkender Kaufkraft und unsicheren Arbeitsverhältnissen konfrontiert, insbesondere junge Menschen und Frauen. 85% aller Menschen, die arbeiten, befinden sich in informellen Verhältnissen. Die lange niedrige Inflationsrate, die durch eine Kopplung der nationalen Währung an den US-Dollar sowie festgesetzte Preise und die hohe Subventionierung zentraler Güter wie Erdgas, Benzin, Diese und einige Nahrungsmittel wie Mehl erreicht wurde, ist seit Mitte 2024 kontinuierlich in die Höhe geschossen und liegt in Lateinamerika nun nur noch hinter Venezuela und Argentinien (im Oktober aufs Jahr gerechnet bei rund 23 Prozent). Auch die Goldreserven, deren Verkauf zuletzt noch einmal für dringende Zahlungen verwandt wurden, sind weitgehend erschöpft, und es kommen wegen des Rückgangs der Erdgasexporte kaum noch Dollar ins Land, die aber gebraucht werden, um einen Gutteil der Güter des täglichen

Lebens zu importieren sowie die Treibstoffreserven, die Handel und Verkehr am Laufen halten. Das ist im Jahr 2025 zunehmend misslungen, weil der Staat Lieferungen bereits zuvor auf Pump gekauft hatte. Vor den Tankstellen sind kilometerlange Warteschlangen mittlerweile die Norm.

Die Treibstoff-Subventionen gehören gleichzeitig zu den stärksten Belastungen des Haushalts und sollen nun aufgehoben werden. Unklar ist nur noch, ob das als »Schock« oder graduell mit Rücksicht auf besonders vulnerable Bevölkerungsschichten geschehen soll.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich deutlich abgekühlt. 2025 soll das Wachstum nur noch bei 0,7% liegen, ab 2026 schätzen Experten das Wachstum noch schlechter ein. Das durchschnittliche Einkommen der Haushalte befindet sich immer noch auf einem Niveau unterhalb der Jahre vor der Corona-Pandemie. Dies liegt auch an dem sehr hohen Anteil der informellen Beschäftigung: 2025 lag der Anteil der informell Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung laut ILO bei 84,2 % und war damit einer der höchsten in Lateinamerika. Laut Weltbank hatten im vierten Quartal 2024 rund 74 Prozent der Arbeitnehmer keine Sozialversicherung, 47 Prozent verdienten weniger als den Mindestlohn und 46 Prozent waren selbstständig. Die schlechte Arbeitsplatzqualität betrifft Frauen, junge Erwachsene und Landarbeiter überproportional.

Die MAS-Regierung blieb in der Krise ideenlos. Zuletzt wurden lediglich internationale Kredite als pragmatische Lösung verfolgt, um Devisen ins Land zu holen. Die müssen jedoch vom Parlament abgesegnet werden. Aufgrund der internen Spaltung in der MAS gelang es der Regierung aber oftmals nicht, eine entsprechende Mehrheit zu gewährleisten.

Diese Probleme gehen auch auf das extraktivistische Entwicklungsmodell des Landes sowie die Abwesenheit von mittel- bis langfristigen Strategien zurück, um neue, nachhaltige Wirtschaftszweige zu erschließen und die informelle Beschäftigung zu reduzieren. Entsprechende Reflexionsprozesse und Debatten wurden von der MAS-Regierung nicht angestoßen. Verschiedene Mineralien (hauptsächlich Gold, Zink und Silber) sowie Erdgas und Soja sind weiterhin die Hauptexportprodukte. Der Ab- und Anbau verursacht jedoch hohe Kosten für die Umwelt, die Biodiversität und die Amazonaswälder. Insbesondere der Bergbau richtet enorme Schäden in geschützten Amazonasgebieten an und vergiftet wegen der intensiven Nutzung von Quecksilber die Gewässer. Die Pro-Kopf-Entwaldung in Bolivien ist eine der höchsten weltweit.

Das Land konnte die Armut in den letzten Jahrzehnten deutlich verringern. Der Gini-Index beispielsweise war von einem sehr hohen Niveau (57,4 im Jahr 2001) auf 40,9 (2021) gesunken und der Zugang zu Elektrizität von 69,3 (2001) auf 98,6 Prozent (2021) gestiegen. Dies waren Erfolge der sozialpolitischen Maßnahmen der MAS-Regierung, die vorrangig aufgrund der Einnahmen aus den Erdgasexporten möglich waren. Allerdings stagniert laut Weltbank die Armutsbekämpfung seit 2023, dem letzten Jahr, für das Daten vorliegen. Die Armutsquote lag 2023 bei 36,5 Prozent, der Gi-

ni-Index wieder bei 43. Gleichzeitig hinkt Bolivien bei wichtigen Wohlfahrtsindikatoren hinter dem regionalen Durchschnitt hinterher, darunter die Müttersterblichkeit und die Säuglingssterblichkeit. Der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen ist nach wie vor begrenzt, insbesondere in ländlichen Gebieten: Im Jahr 2024 hatten etwa 36 Prozent der Haushalte keinen Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen und 13 Prozent keine verbesserte Wasserversorgung.

Eine große Herausforderung des Landes besteht darin, alternative Entwicklungsmodelle zu entwerfen, die sozial inklusiv und ökologisch nachhaltig sind. Ein Ziel der Regierung ist die Förderung und Weiterverarbeitung der Lithiumreserven, die unter den größten der Welt sind – wegen Streitigkeiten um die Verteilung der Einkommen auf bolivianischer Seite sind bisher unterzeichnete Verträge mit russischen und chinesischen Firmen aber noch nicht reif für die Umsetzung.

Die Gewerkschaften spielen in diesen Themenbereichen keine nennenswerte Rolle. Sie beschränken sich auf die Verfolgung ihrer spezifischen, branchenbezogenen Interessen sowie auf die alljährlichen Verhandlungen mit der Regierung zur verpflichtenden Anhebung des Mindestlohns und aller sonstigen Löhne. 2025 wurden diese erstmals über die 3%-Marke hinaus angehoben, auf 5% für alle Löhne in allen Branchen im Privatsektor. Diese Verhandlungen erfolgen zwischen Regierung und Gewerkschaftsdachverband ohne Beteiligung der Arbeitgeber_innen, was diese regelmäßig bei der ILO anprangern..

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Bolivien verfügt über einen einzigen Gewerkschaftsdachverband, die Central Obrera Boliviana (COB), die zahlreiche Branchengewerkschaften und regionale Gewerkschaftsverbände vereint. Laut Statuten muss alle zwei Jahre ein Kongress abgehalten werden, um ein neues Führungsgremium zu wählen. Die COB-Führung hat ihr Mandat jedoch seit 2020 über die in der Satzung vorgesehene Dauer hinaus irregulär, ohne Wahlen, verlängert. Erst im Oktober 2025 – sieben Jahre nach dem letzten Kongress – fanden wieder Wahlen statt.

Die COB konnte 2025 in den alljährlichen Verhandlungen mit der Regierung eine Erhöhung des nationalen Mindestlohns um fünf Prozent und aller restlichen Löhne um mindestens drei Prozent erreichen. Dies stellt jeweils eine Untergrenze dar. Zudem fordert sie bereits seit Langem einen nationalen Dialog zu drei zentralen Themen: der Reform des allgemeinen Arbeitsrechts, der Reform der sozialen Sicherheit und einem wirtschaftlichen Entwicklungsplan. Zum Arbeitsrecht hat bislang kein Dialog stattgefunden, zum zweiten und dritten Thema gibt es zwischen Regierung und Gewerkschaften immerhin einen Austausch. Dieser hat jedoch eher symbolischen und weniger inhaltlichen Charakter, was letztlich einer Unterstützung der Regierung gleichkommt, bei der Regional- und Branchengewerkschaften in ihrer Mitsprache eingeschränkt sind. Zudem enthielt der von der COB vorgelegte Forderungskatalog keine spezifischen Punkte,

die sich mit der Rolle und den Rechten von Frauen befassen, was Ausdruck des allgemeinen Desinteresses innerhalb der COB an Themen rund um die Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsbereich sowie innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist.

Die COB hat nach langem Druck von Frauen in der Gewerkschaftsbewegung jedoch eine Resolution zur Unterstützung der Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 190 (Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt) verabschiedet. Dieses Übereinkommen wurde im Parlament diskutiert und im Arbeitsministerium auf Eis gelegt. Die Position der COB im Ratifizierungsprozess wurde allerdings von verschiedenen Seiten als autoritär empfunden, da sie während der Verhandlungen zivilgesellschaftliche Organisationen und Stiftungen, welche die Ratifizierung ebenfalls unterstützen, aufforderte, den Saal zu verlassen und damit ihre Weigerung zum Ausdruck brachte, trotz gleichem Ziels mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten.

GEWERKSCHAFTEN IN BOLIVIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

In den 1940er- und 1950er-Jahren erlebten die Gewerkschaften in Bolivien einen bedeutenden Aufschwung. Der COB wurde im Bündnis mit politischen und sozialen Bewegungen im Kontext der nationalen Revolution von 1952 gegründet. Hervorzuheben ist dabei die gemeinsame Regierung zwischen dem Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) und der COB nach der Revolution, ein wichtiger Moment in der politischen Geschichte des Landes. Diese politische Übereinkunft ermöglichte die aktive Beteiligung der COB an der Entscheidungsfindung und der Umsetzung der Regierungspolitik im Bemühen, die Interessen der Arbeitnehmer_innen und der Gewerkschaftsbewegung in der Regierung zu vertreten. Trotz Spannungen, interner Differenzen und Kritik an der Effektivität dieser Zusammenarbeit konnte die COB in dieser Zeit Einfluss auf die Formulierung der Arbeits- und Sozialpolitik nehmen und dadurch wichtige Fortschritte bei der Verstaatlichung natürlicher Ressourcen und dem Schutz der Arbeitnehmer_innenrechte erzielen. In der Folgezeit stand die COB jedoch stets in Opposition zu den Regierungen. Darüber hinaus spielten die Gewerkschaften eine aktive Rolle im Kampf gegen die Militärdiktaturen.

Im Hinblick auf strukturelle Fragen hat sich die COB in ihrer Geschichte hauptsächlich auf akute Themen wie Lohnverhandlungen und die Lösung sozialer Konflikte konzentriert. Notwendige interne Reformprozesse wurden in all dieser Zeit jedoch kaum angegangen. Das gewerkschaftliche Umfeld ist weiterhin von internen Machtkämpfen geprägt. Extern bezieht die COB ihre Legitimität aus ihrer historischen Bedeutung als soziopolitische Institution des Landes, die jedoch seit den 1980er-Jahren stetig abgenommen hat. Die institutionelle Krise und die fehlende Repräsentativität der COB sind aufgrund des Fehlens von Frauen in Führungspositionen be-

sonders auffällig. Im Gegensatz zu den Regional- und Branchengewerkschaften sind Frauen im nationalen Exekutivkomitee der COB nicht vertreten.

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts erlebten die Gewerkschaften in Bolivien eine Wiederbelebung, insbesondere durch die aktive Beteiligung indigener Bewegungen. Diese Gewerkschaften kämpften für die Arbeitsrechte indigener Arbeitnehmer_innen und soziale Gerechtigkeit. Nach der Machtübernahme der MAS im Jahr 2006 hat die Führung der COB verschiedene Phasen der Annäherung, Zusammenarbeit und Entfremdung mit der Regierung durchlaufen.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die Gewerkschaftsbewegung in Bolivien ist historisch bedingt ein einflussreicher politischer Akteur. Oftmals waren Gewerkschaften mit parteilichen Interessen verbunden, was zum Teil an der Geschichte des sozialen Kampfes in Bolivien liegt, in dem die Gewerkschaften eine wichtige Rolle bei der Förderung von Rechten und der Verteidigung von Interessen der Arbeitnehmer_innen sowie der Bevölkerung im Allgemeinen gespielt haben. Die parteipolitische Bindung der Gewerkschaften war dabei durch den Zugang zur Regierung teils vorteilhaft, teils schwächte sie aber auch die unabhängige Interessensvertretung der Arbeitnehmer_innen.

Die COB galt seit der Wahl des Führungsgremiums unter Juan Carlos Huarachi Anfang 2018 als politisch kooptiert. Seitdem vertrat sie öffentlich die Positionen der Regierung und trat auch im Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2019 gemeinsam mit Evo Morales und Álvaro García Linera auf. Während der Krise 2019 forderte Huarachi hingegen den Rücktritt von Morales und ließ sich seine Amtszeit von der Übergangspräsidentin Jeanine Áñez verlängern, forderte schließlich aber auch deren Rücktritt. Als Folge der Rücktrittsforderung gegen Morales schloss die MAS alle von der COB nominierten Kandidat_innen, die bei den Wahlen 2019 für die MAS angetreten waren, von ihren Listen für die Neuwahlen 2020 aus. Daher existierte in der jüngsten Legislaturperiode – anders als zuvor – keine Gewerkschaftsfraktion im Parlament. 2022 beschloss die COB mittels einer Resolution die Unterstützung der Regierung von Präsident Luis Arce und positionierte sich im internen Konflikt der MAS zwischen Evo Morales und Luis Arce zugunsten des Letzteren. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Mitte Oktober 2025 neugewählte Chef der COB, Mario Argollo, ein Minero, verhält.

Vielfersprechend ist, dass während des jüngsten Kongresses eine neue politische Linie vereinbart wurde, die vom Allgemeinen Verband der bolivianischen Fabrikarbeiter vorgelegt wurde und eine neue, aktivere und unabhängigere Rolle der COB in Aussicht stellt bei der Begleitung der »Transformationen« des Landes. In diesem Vorschlag werden die wichtigsten Herausforderungen für die bolivianische Gewerkschaftsbewegung aufgeführt und die Notwendigkeit einer Veränderung der Produktionsmatrix und auch der wirtschaftlichen Diversifizierung anerkannt.

Während die COB durch ihr Bündnis mit der Regierung teilweise ihre Unabhängigkeit aufgegeben sowie ihren eigenen Handlungsspielraum eingeschränkt hatte, gab es aber auch weiter Regional- und Branchengewerkschaften, die ihre politische Unabhängigkeit priorisierten und nicht die Linie der MAS-Regierung vertraten. Diese hatten jedoch einen schweren Stand und wurden auf verschiedene Weisen drangsaliert, um sich der politischen Linie der Regierung unterzuordnen.

Die Gewerkschaften in Bolivien sind in mehreren Sektoren und Lieferketten stark vertreten, vor allem in der Privatwirtschaft und im Bergbau. Letzterer ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in Bolivien und die Bergbaugewerkschaften können auf eine lange Geschichte der Organisation und Mobilisierung zurückblicken. Der bolivianische Bergarbeitergewerkschaftsbund (FSTMB), der sowohl den privaten Bergbausektor als auch das staatliche Bergbauunternehmen formell vertritt, stellt eine der einflussreichsten Gewerkschaften in Bolivien dar und nimmt eine führende Rolle bei der Verteidigung von Arbeitsrechten und bei Tarifverhandlungen im Bergbausektor ein. Der FSTMB wurde 1944 gegründet und hat historisch die Vorherrschaft im bolivianischen Gewerkschaftswesen inne. Auch der aktuelle Vorsitzende der COB ist wieder Minenarbeiter.

Auch der Verband der Bergbaukooperativen (FENCOMIN), der den informellen Bergbausektor vertritt, ist sehr einflussreich, vorrangig aufgrund der hohen Gewaltbereitschaft seiner Mitglieder. Dabei handelt es sich mehr um einen Interessens- als um einen Gewerkschaftsverband, da er nicht der COB angehört und sich dem Recht auf gewerkschaftliche Organisation innerhalb der Kooperativen widersetzt. Wesentliche Interessen sind die Beibehaltung von Steuerbefreiungen, geringe Umweltauflagen und schwache Institutionen zur Einhaltung von Arbeits- und Umweltschutzauflagen, um dem hochgradig umweltschädlichen Bergbau ohne Einschränkungen nachgehen zu können.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Bolivien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Central Obrera Boliviana, COB (Bolivianische Arbeiter_innenzentrale)	Mario Argollo, seit 2025 (auch Rep. des Sindicato Mínero de Huanuni)	Mitgliedsgewerkschaften aus 50 Branchen; Zahl der Mitglieder unbekannt	Keine

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Bolivien

Branchenverband / Gewerkschaft	Mitgliedschaft in Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Federación Sindical de Trabajadores Mineros de Bolivia, FSTMB (Gewerkschaftsbund der Minenarbeiter_innen Boliviens)	COB	Vorsitzender: Andrés Paye (seit Oktober 2025) Generalsekretär: Gonzalo Quispe	63 Mitglieds- gewerkschaften; ca. 18 000 Mitglieder	–
Federación Sindical de Trabajadores Petroleros de Bolivia, FSTPB (Gewerkschaftsbund der Erdöl- arbeiter_innen Boliviens)	COB	Vorsitzender: Augusto Blanco Generalsekretär: José Domingo Vásquez	28 Mitglieds- gewerkschaften; Zahl der Mitglieder unbekannt	–
Confederación Sindical de Trabajadores en Salud Bolivia, CSTSB (Gewerkschaftsbündnis der Gesundheits- arbeiter_innen Boliviens)	COB	Vorsitzende: Jenny Arias de la Torre Sekretär für Beziehungen: Félix Bejarano Delegierter COB: José Vidaurre Alfaro	ca. 19 000 Mitglieder	–
Confederación de Trabajadores de Educación Urbana de Bolivia, CTEUB (Bündnis der städtischen Arbeiter_innen im Bildungssektor)	COB	Vorsitzender: Carlos Tamo Generalsekretär: Shirley Bonilla	Keine genauen Angaben verfügbar	–
Confederación de Maestros de Educación Rural de Bolivia, CONMERB (Bündnis der ländlichen Arbeiter_innen im Bildungssektor)	COB	Generalsekretäre: Rudy Callisaya Callisaya / William Mendoza Mendoza	ca. 40 000 Mitglieder	–
Confederación General de Trabajadores Fabriles de Bolivia (Bündnis der Fabrik- arbeiter_innen Boliviens)	COB	Generalsekretäre: Mario Segundo / Limberth Fernández Coronado	ca. 180 000 Mitglieder	–
Federación Nacional de Trabajadoras del Hogar, FENATRAHOB (Nationaler Bund der Hausangestellten)	COB	Vorsitzende: Zenobia Mamani Generalsekretär_in: vakant	ca. 180 000 Mitglieder	Confederación Latino- americana y del Caribe de Trabajadoras del Hogar (Bündnis der Hausange- stellten Lateinamerikas und der Karibik, CONLACTRAHO)

Die Gewerkschaften der bolivianischen Erdöl- und Gasindustrie sind ebenfalls stark vertreten. Die bolivianische Erdöl-
arbeitergewerkschaft (FSTPB), die der COB angeschlossen ist, vertritt sowohl die Beschäftigten des Erdöl- als auch des Erdgassektors und beteiligt sich an der Aushandlung von Tarifverträgen sowie der Verteidigung von Arbeitsrechten in ihrer Industrie.

Im Dienstleistungsbereich gehören Verkehrsgewerkschaften wie das Sindicato de Choferes de Bolivia, welches die Beschäftigten des Personen- und Güterverkehrs vertritt, zu den bedeutendsten. Sie besitzen ein sehr hohes Mobilisierungspotenzial und können durch Blockaden alle Städte und Überlandstraßen des Landes lahmlegen. Dies gibt ihnen starken politischen Einfluss, den sie nutzen, um die Ver-

ringerung oder Abschaffung der Treibstoffsubventionen sowie eine Regulierung des Nahverkehrs zu verhindern.

Eine wichtige politische Rolle spielt zudem die Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia (CSUTCB), der Dachverband der Gewerkschaften von Kleinbäuer_innen und Indigenen in Bolivien. Er wurde 1979 gegründet und gilt als bedeutende Stimme im Kampf um die Rechte der ländlichen Arbeitnehmer_innen sowie für die Verteidigung der Interessen indigener Gemeinschaften. Sie ist Teil des *Pacto de Unidad*, der wichtigsten Basisorganisation der MAS.

Es gibt jedoch auch Bereiche, in denen die Gewerkschaften in Bolivien schwächer oder gar nicht vertreten sind. Hierzu

zählen Teile des unregulierten Privatsektors, da beispielsweise in einigen Kleinbetrieben und in der informellen Arbeit nicht die erforderliche Mitgliederzahl für eine Gewerkschaftsgründung erbracht werden kann. Dadurch dass die gewerkschaftliche Organisation in staatlichen Einrichtungen und Ministerien verboten ist, sind Gewerkschaften des öffentlichen Sektors in Bolivien zudem schwächer repräsentiert als in anderen Ländern der Region.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Rechtsgrundlagen für die Arbeit der Gewerkschaften sind in Bolivien in der Verfassung und im allgemeinen Arbeitsgesetz verankert. Darin wird das Recht auf Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Tarifverhandlungen und das Streikrecht als grundlegende Rechte der Arbeitnehmer_innen anerkannt. Darüber hinaus gibt es spezifische Gesetze in Bezug auf Arbeit und soziale Sicherheit sowie von Bolivien ratifizierte internationale Übereinkommen zum Schutz der Rechte der Arbeitnehmer_innen. Ebenso legen gesetzliche Bestimmungen den Rahmen und die Vorschriften für die Gründung, die Funktionsweise und die Repräsentativität von Gewerkschaften fest.

In Bolivien existieren Gewerkschaften auf Ebene von Unternehmen, Branchen und Departamentos. Die Branchenverbände und -vereinigungen spielen eine wichtige Rolle bei der Vertretung und Verteidigung der Arbeitnehmer_inneninteressen in einer bestimmten Branche, aber auch die Betriebsgewerkschaften haben bei Tarifverhandlungen und der Verteidigung der Arbeitnehmer_innenrechte auf Ebene des Unternehmens, dem sie angehören, eine wichtige Funktion.

Trotz günstiger rechtlicher Rahmenbedingungen für die Gewerkschaftsbewegung ist die Gründung neuer Gewerkschaften in der Realität sehr eingeschränkt, da diese auf einer stark ideologischen und sektoralen Grundlage arbeiten. So gibt es starken Widerstand sowohl vonseiten der bestehenden Branchengewerkschaften als auch des COB gegen die Gründung neuer Gewerkschaften. Nach geltendem Recht kann eine Gewerkschaftsorganisation nur in Unternehmen mit mehr als 20 Mitgliedern gegründet werden. Diese Beschränkung kann jedoch die Fähigkeit der Arbeitnehmer_innen beeinträchtigen, sich zu organisieren und ihre Rechte im informellen Sektor und in Kleinbetrieben zu verteidigen. Zudem ist laut Gesetz nur eine Gewerkschaftsorganisation pro Unternehmen erlaubt.

Eine neu gegründete Gewerkschaft muss beim Arbeitsministerium ihre Rechtspersönlichkeit beantragen. Zudem obliegt es dem Arbeitsministerium, den in Ämter gewählten Mitgliedern die Befugnis und Freistellung für die Ausübung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben zu erteilen. Die Ausstellung des entsprechenden Ministerialbeschlusses bzw. deren Verweigerung ist ein Mechanismus, um nicht regierungsnahen Sektoren zu demobilisieren oder auf Regierungslinie zu bringen.

Insgesamt hat Bolivien sieben der zehn ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert. Die drei nicht von Bolivien ratifizierten Ker-

narbeitsnormen sind das Übereinkommen 155 über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt, das Übereinkommen 187 über den Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz sowie das Übereinkommen 190 über Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz. Die eigentliche Herausforderung besteht allerdings darin, dass die Möglichkeiten für die Einhaltung der Übereinkommen in der Realität oft sehr begrenzt sind. In vielen Fällen werden Rechtsvorschriften mit notwendigen Leitlinien und Verfahren für die Umsetzung von Übereinkommen verspätet oder nicht vollständig ausgearbeitet. Dadurch sind die erforderlichen Bedingungen zur Einhaltung von Arbeitsstandards in der Praxis oftmals nicht gegeben.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

In Bolivien finden Verhandlungen und sozialer Dialog auf verschiedenen Ebenen sowie zwischen verschiedenen Akteuren statt:

- auf **Unternehmensebene** zu Arbeitsverträgen, Arbeitsbedingungen, Löhnen und unternehmensspezifischen Leistungen;
- auf **sektoraler Ebene** – möglich, aber in der Praxis eher selten – zwischen Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitgeber_innen einer bestimmten Branche zu Tarifverträgen und der Erörterung spezifischer Arbeitsfragen im Sektor;
- auf **nationaler Ebene** zwischen den Gewerkschaftsorganisationen, angeführt von der COB, und der bolivianischen Zentralregierung, ohne Beteiligung der Arbeitgeber_innen.

Die bolivianischen Gewerkschaften haben – vertreten durch die COB – in den letzten zehn Jahren erfolgreich Anhebungen des Mindestlohns und des allgemeinen Lohnniveaus ausgehandelt sowie durch Mobilisierungen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht. Da Verhandlungen zu Tarifverträgen oder sonstige Aushandlungen mit den Arbeitgeber_innen jedoch nach wie vor kaum stattfinden, existieren in Bolivien praktisch keine Tarifverträge. Stattdessen konzentriert sich die COB auf Verhandlungen mit der Regierung zur gleichmäßigen Anhebung der Löhne in allen Branchen.

Menschen in prekären bzw. informellen Beschäftigungsverhältnissen, Frauen und Jugendliche sehen sich bei ihrer Vertretung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung häufig mit Problemen konfrontiert. Zwar gibt es Gewerkschaften, die sich um die Vertretung dieser Gruppen bemühen, die effektive Abdeckung und Vertretung ist aufgrund verschiedener Hindernisse jedoch eingeschränkt: Einerseits erkennen verschiedene Gewerkschaften informelle Arbeitsverhältnisse sowie die Arbeit auf digitalen Plattformen nicht an und möchten diese Arbeiter_innen nicht vertreten, andererseits sind vor allem Frauen besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt, wie geschlechtsspezifischer Diskriminierung, politischer Gewalt, mangelnder Entscheidungsbefugnis, dem

Lohngefälle, einem unausgewogenen Verhältnis zwischen Basis und weiblichen Führungskräften sowie generell fehlenden Führungsmöglichkeiten.

Auch für junge Menschen ist der Zugang zu Führungspositionen in den Gewerkschaften schwierig, da sie oft auf Hindernisse bei der aktiven Beteiligung an den internen Entscheidungsprozessen stoßen. Dies kann dazu führen, dass es in der Gewerkschaftsführung an Transparenz und Glaubwürdigkeit bei der Vertretung der Arbeitnehmer_inneninteressen mangelt.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Macht der bolivianischen Gewerkschaftsbewegung beruht auf zwei Säulen: erstens ihrer Mobilisierungsfähigkeit für Aktionen auf der Straße, also Proteste und Demonstrationen als Instrumente, um Druck auf die Behörden auszuüben und die Rechte der Arbeitnehmer_innen einzufordern bzw. zu verteidigen; und zweitens auf politischen Verhandlungen und Bündnissen, die darauf abzielen, politische Vereinbarungen und Kompromisse mit der Regierung und anderen Akteuren zu schließen, um die Rechtsetzung zu beeinflussen.

Die Machtstrukturen innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen in Bolivien sind sehr vertikal und starr. Die interne Demokratie ist oftmals nur ein in den Statuten verankertes Prinzip, das in der Praxis nicht umgesetzt wird. Die gewerkschaftliche Demokratie stellt somit eine Herausforderung dar, nicht nur bei den Wahlen der Führungsgremien, sondern auch bei der aktiven Beteiligung an der Entscheidungsfindung. Darüber hinaus ist die Machtausübung in der bolivianischen Gewerkschaftsbewegung patriarchalisch geprägt, was sich in der geringen Präsenz von Frauen in Entscheidungsgremien sowie ihrer mangelnden aktiven und effektiven Beteiligung und Vertretung in der Gewerkschaftsbewegung widerspiegelt – im Führungsgremium der COB ist keine Frau vertreten. Diese Situation unterstreicht die Notwendigkeit, eine stärkere interne Demokratisierung und eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter in der bolivianischen Gewerkschaftsbewegung anzustreben.

Der Einfluss der bolivianischen Gewerkschaften auf die Politik ist historisch bedeutsam. Die bolivianischen Gewerkschaften blicken auf eine lange Geschichte der politischen Beteiligung zurück und haben eine aktive Rolle bei der Gestaltung der politischen Agenda sowie bei der Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer_innen und Bürger_innen des Landes gespielt.

Unter der MAS-Regierung seit 2006 durchlief die Gewerkschaftsbewegung verschiedene Phasen: Der Widerstand gegen die Vereinnahmung durch die MAS in den Anfangsjahren und die damit verbundene kritische, aber wohlwollende Haltung gegenüber der Regierung wurde zwischen 2008 und 2010 durch eine Politik der Unterstützung für die Regierung ersetzt. Nach der geplanten Abschaffung der Treibstoffsubvention Ende 2010 stellte die COB sich jedoch auf die Seite der verärgerten Bevölkerung. Dieser Riss vergrößerte sich

2011, als die COB die Proteste der Indigenen des Isiboro-Securé-Nationalparks gegen die Regierung unterstützte. An dem von der Regierung Ende 2011 einberufenen Sozialgipfel nahm die COB aufgrund von Differenzen mit der Regierung nicht teil. Ende 2013 folgte eine erneute taktische Annäherung, die 2014 zur Beteiligung der COB an der Regierung führte.

Im Jahr 2016 kam es dann zu einem erneuten Bruch mit der Regierung, der im ersten landesweiten Generalstreik seit 2009 gipfelte. Als das Oberste Verfassungsgericht im November 2017 ein Urteil fällte, das Evo Morales den Weg für eine erneute Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2019 ebnete, löste dies eine starke Mobilisierung verschiedener Akteure der Zivilgesellschaft und der politischen Opposition aus. In diesem Kontext schlug sich die COB ab der Wahl des letzten Generalsekretärs Juan Carlos Huarachi im Frühjahr 2018 auf die Seite der Regierung um Luis Arce, die sie bis zum Kongress 2025 unterstützte. Die neue Führung hat mehr Unabhängigkeit von der Regierung angekündigt. Die Beziehung zwischen den bolivianischen Gewerkschaften sowie den politischen Parteien und ihren Akteuren war jedoch stets dynamisch, sodass sich solche Linien kurz- bis mittelfristig wieder ändern können.

Die Gewerkschaften gelten in vielen Bereichen der Gesellschaft als wichtige Akteure für die Verteidigung der Arbeits- und Sozialrechte der Arbeitnehmer_innen. Die Wahrnehmung und Akzeptanz der Gewerkschaften in der Gesellschaft hängt jedoch von verschiedenen Faktoren ab, etwa den politischen Überzeugungen, der sozioökonomischen Stellung oder der Arbeitskultur in verschiedenen Sektoren. Insbesondere die Wahrnehmung von Machtmissbrauch und Korruption in einigen Gewerkschaften sowie die Vereinnahmung der Gewerkschaften durch die Regierung schaden ihrem Ansehen.

Die Gewerkschaften haben in der Vergangenheit immer wieder versucht, Koalitionen und Bündnisse mit anderen sozialen und politischen Akteuren einzugehen, um ihre Interessen zu vertreten. So hat sich die COB beispielsweise an Bewegungen und Bündnissen von Arbeiter_innen, Bäuer_innen, indigenen Völkern und anderen sozialen Sektoren in Bolivien beteiligt, um ein gemeinsames Vorgehen bei der Verteidigung von Arbeits- und Sozialrechten zu erreichen. Oftmals vertritt die COB in wichtigen Fragen jedoch eine verschlossene Position: Sie weigert sich, mit den Arbeitgeber_innen zu verhandeln und möchte nicht mit Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten, die sich für die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 190 einsetzen. All dies wirft wichtige Fragen zur internen Demokratie, zur Dialogkultur und Offenheit für die internationale Zusammenarbeit in der bolivianischen Gewerkschaftsbewegung auf.

Auf internationaler Ebene sind die meisten bolivianischen Gewerkschaften schlecht vernetzt und bleiben auf Distanz zur internationalen Gewerkschaftsbewegung. Eine Mitgliedschaft der COB im Gewerkschaftsbund der Amerikas (CSA/TUCA) ist nie über Absichtsbekundungen hinausgekommen. Einige Gewerkschaften sind zwar in globalen Gewerkschafts-

föderationen aktiv, ihre Beteiligung an der internationalen Gewerkschaftsagenda ist jedoch minimal. Insgesamt ist die bolivianische Gewerkschaftsbewegung sehr auf sich fokussiert und sieht wenig Nutzen in einem internationalen Austausch.

Die bolivianische Gewerkschaftsbewegung steht vor mehreren Herausforderungen, unter anderem einen tiefgreifenden inhaltlichen und organisatorischen Strukturwandel in den Gewerkschaften zu vollziehen. Trotz der Versuche, die gewerkschaftliche Demokratie zu stärken, sind immer noch Ausweichmanöver und mangelndes Interesse der bolivianischen Gewerkschaftsbewegung zu verzeichnen, die auch nicht durch Staat und Regierung eingefordert werden. Im Gegenteil: Wenn demokratische Prozesse innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen stattfinden, die gewählten Führungsgremien aber nicht mit der Linie der Regierungspartei übereinstimmen, werden die Beschlüsse der Ministerien zur Anerkennung der Wahlen und zur Freistellung der Funktionär_innen für ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten oft deutlich verzögert.

Die Demokratisierung von internen Verfahren ist nicht effektiv möglich, solange der vorherrschende Machismo und die geschlechtsspezifische Diskriminierung nicht überwunden werden. Die COB ist weit entfernt von einer geschlechterparitätischen Vertretung und einer gleichberechtigten Einbeziehung der Geschlechter in die Entscheidungsfindung. Auf dem jüngsten Kongress in 2025 hat die Central Obrera Departamental de Tarija die Einrichtung eines Geschlechterportfolios gefordert - ein wichtiger Schritt in Bezug auf die Auswirkungen auf die formale Struktur der COB. Allerdings ist sie noch weit entfernt von einer paritätischen Vertretung der Geschlechter und der gleichberechtigten Beteiligung beider Geschlechter an der Entscheidungsfindung.

Der Mangel an Strukturreformen hindert die Gewerkschaften auch daran, sich vertieft mit sozialen Herausforderungen wie der Informalität, der Arbeitslosigkeit oder der Durchsetzung von Arbeitnehmer_innenrechten zu befassen. Die größte Herausforderung für die bolivianische Gewerkschaftsbewegung stellt jedoch die Reform des Arbeitsgesetzes dar, das mit Hunderten von Änderungsbestimmungen ein rechtliches Chaos und vor allem Rechtslücken geschaffen hat und den Herausforderungen der Arbeitswelt keine Rechnung trägt.

Christine-Felice Röhrs, *Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bolivien*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Ulrich Storck, Referent für Brasilien, Uruguay,
Gewerkschaften und Handel
ulrich.storck@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.